

Im September 2015 hatten Präsident Santos und FARC-Chef Timochenko vereinbart, die Friedensverhandlungen bis zum 23.03.2016 abzuschließen.

Inzwischen kommen Zweifel auf, ob diese Terminsetzung sinnvoll war, denn sie setzt die Verhandlungsdelegationen in Havanna unter großen Zeitdruck.

SEMANA analysiert am 24.02.2016 die Lage:

Der Wettlauf gegen die Uhr, um den 23.März zu halten

Die Zeit läuft schnell gegen Regierung und FARC. Es bleiben noch 29 Tage, um die Verpflichtung einzuhalten, ein Schlussabkommen zu unterzeichnen, die Präsident Santos und Guerrillachef Timochenko im September eingegangen waren, und die Ergebnisse passen noch nicht.

Als man glaubte, die Unterhändler würden pausenlos arbeiten, um die noch offenen Punkte der Agenda abzuhandeln, verhedderte sich die Diskussion. Es fehlte nicht nur die Definition der Punkte mit dem größten politischen Tiefgang, sondern jetzt sind die Verhandlungsparteien bemüht, wieder Vertrauen zu fassen, das verlorenging nach der Episode politischen Bekehrungseifers, den die FARC vor einer Woche beim Besuch im Departement La Guajira an den Tag legte.

Für die Unterhändler ist der Termin keine Zwangsjacke, aber in den Augen der Öffentlichkeit erschiene seine Nichteinhaltung doch als Rückschlag. Das geht so weit, dass Quellen, die nahe am Verhandlungstisch sind, davor warnen, das Abkommen bis zum 23. März nicht zu unterzeichnen und damit auch noch keine Feuereinstellung und keine Einstellung der Feindseligkeiten zu erreichen.

„Wenn die Verhandlungspartner gemeinsam die Einstellung der Feindseligkeiten verkünden würden, dann würden die Leute verstehen, dass es zwar noch Probleme gibt, aber dieses Problem wäre erst einmal gelöst durch eine Teilübereinkunft. Sie würden dieser Übereinkunft applaudieren als einem weiteren Schritt hin zu einem Schlussabkommen“, erklärte der Analyst León Valencia gegenüber SEMANA.

Auch wenn es Angelegenheiten gibt, die sich kompliziert haben und andere, deren Klärung sich verzögert hat, wäre es Sache der Unterhändler, die Bedingungen zu konkretisieren, unter denen eine Verifizierung eines beiderseitigen Waffenstillstands in Gang gebracht werden könnte. Diese festzulegen, stellte einen bedeutungsvollen Schritt dar, um dem ältesten Guerrillakrieg des Kontinents ein Ende zu setzen. Das umso mehr, als die Augen der Welt, speziell der UN-Sicherheitsrat, darauf gerichtet sind zu garantieren, dass die Kolumbianer sich daran halten. Eine Feuereinstellung bedeutete für die Konfrontation der Konfliktparteien: Sich zu verpflichten, militärische Einheiten nicht mehr anzugreifen. Aber eine Beendigung der Feindseligkeiten geht weiter, und dafür bedarf es einer detaillierten schriftlichen Festlegung der dann verbotenen Aktionen.

Zum Beispiel müsste die Guerrilla alle Aktionen gegen die Zivilbevölkerung einstellen, einschließlich der Angriffe auf Einrichtungen der Infrastruktur, der Erpressungen, die Rekrutierung und der Verwicklungen ins Drogengeschäft. Die Streitkräfte müssten die Bombardements beenden, aber ebenfalls Offensivaktionen und auch Propagandaarbeit und Geheimdiensttätigkeiten gegen die Guerrilla.

Aber die Regierung und die FARC tun sich schwer. Die Tage bis zum Ablauf der Frist sind gezählt, und die Verhandlungsparteien haben eine Tagesordnung, die davon unabhängig ist, und deren Erfüllung zweifellos den Ablauf verzögert. Einerseits werden Humberto de la Calle und Sergio Jaramillo (Friedenskommissar der Regierung, A.d.Ü.) an einem Pädagogikforum des Präsidialamtes teilnehmen mit dem Thema: Wie kann in den Regionen Frieden geschaffen werden? Unterdessen unterrichtet die FARC ihre Truppen über die in Havanna bisher erzielten Vereinbarungen. Einer der Ersten, die sich zur Zeitknappheit äußerten, war der Repräsentant der UNO in Kolumbien, Fabrizio Hochschild. Am Mittwoch sagte er, das Schlussabkommen könnte mehr Zeit erfordern als verfügbar. Auch wenn er kein Datum nannte, sagte er, dass er die Unterzeichnung „in der ersten Hälfte dieses Jahres“ erwarte.

„Hoffentlich wird es am 23. März Verlautbarungen geben, die zeigen, dass die Unterhändler intensiv daran arbeiten, Übereinkunft zu erzielen“, versicherte Hochschild in einem Interview mit AFP. „Aber ich glaube fest daran, dass es möglich ist, eine Schlussvereinbarung zu erreichen, und zwar mit Lösungen in allen Einzelfragen und über alle Punkte, einschließlich der Umsetzung, und dafür wird man vielleicht etwas mehr Zeit benötigen“, verdeutlichte er.

Und zu den Ausrutschern der letzten Tage kommt, dass zwei Hauptpunkte noch nicht verhandelt sind, die laut Beteiligten nicht so geringfügig sind, dass man sie in der kurzen verfügbaren Zeit noch abschließen könnte. Dabei geht es um das Ende des Konflikts; die Bedingungen, unter denen die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der FARC ablaufen soll. Es geht um die Wiedereingliederung ins zivile, politische, soziale und ökonomische Leben sowie um die Implementierung, Verifizierung und Bestätigung des Abkommens durch die Bevölkerung. Genauer betrachtet stellen die noch ausstehenden Themen jene roten Linien dar, die Präsident Santos in dem Ultimatum zog, das er der FARC stellte: Der Mechanismus der Bestätigung, die beiderseitige Feuereinstellung, der Zeitplan zur Niederlegung der Waffen und schließlich den Punkt, der in der Vereinbarung über die Justiz offen blieb, nämlich das Wahlverfahren für die Richter im Sondertribunal der Übergangsjustiz.

Jedoch noch mehr Besorgnis erzeugt die Tatsache, dass bei den vier Punkten, über die Einigkeit erzielt wurde, es zu klärende Einzelheiten gibt, die man vorläufig auf Eis gelegt hat und die nach Inkrafttreten des Schlussabkommens präzisiert werden müssen, z.B. die Hektarzahl der Ländereien, die in den Ländereifonds eingehen sollen oder was genau unter „Nahrungsmittelsicherheit“ zu verstehen ist. Viele denken da an die Worte von De la Calle: „Nichts ist vereinbart, solange nicht alles vereinbart ist“.

Sicher ist, dass während Regierung und FARC ihr Möglichstes tun, um die Unterschriften termingerecht leisten zu können, dieser strikte Termin nicht mehr so ganz sinnvoll ist, auch wenn einige nicht mehr an seine Einhaltung glauben, während andere in seiner Einhaltung einen ganz großen Schritt sehen zum Ende des Krieges.